

Solarprogramm des Senats ist ein Flop

Umweltsenatorin gibt ambitioniertes Ziel der rot-roten Koalition auf

Von Gilbert Schomaker

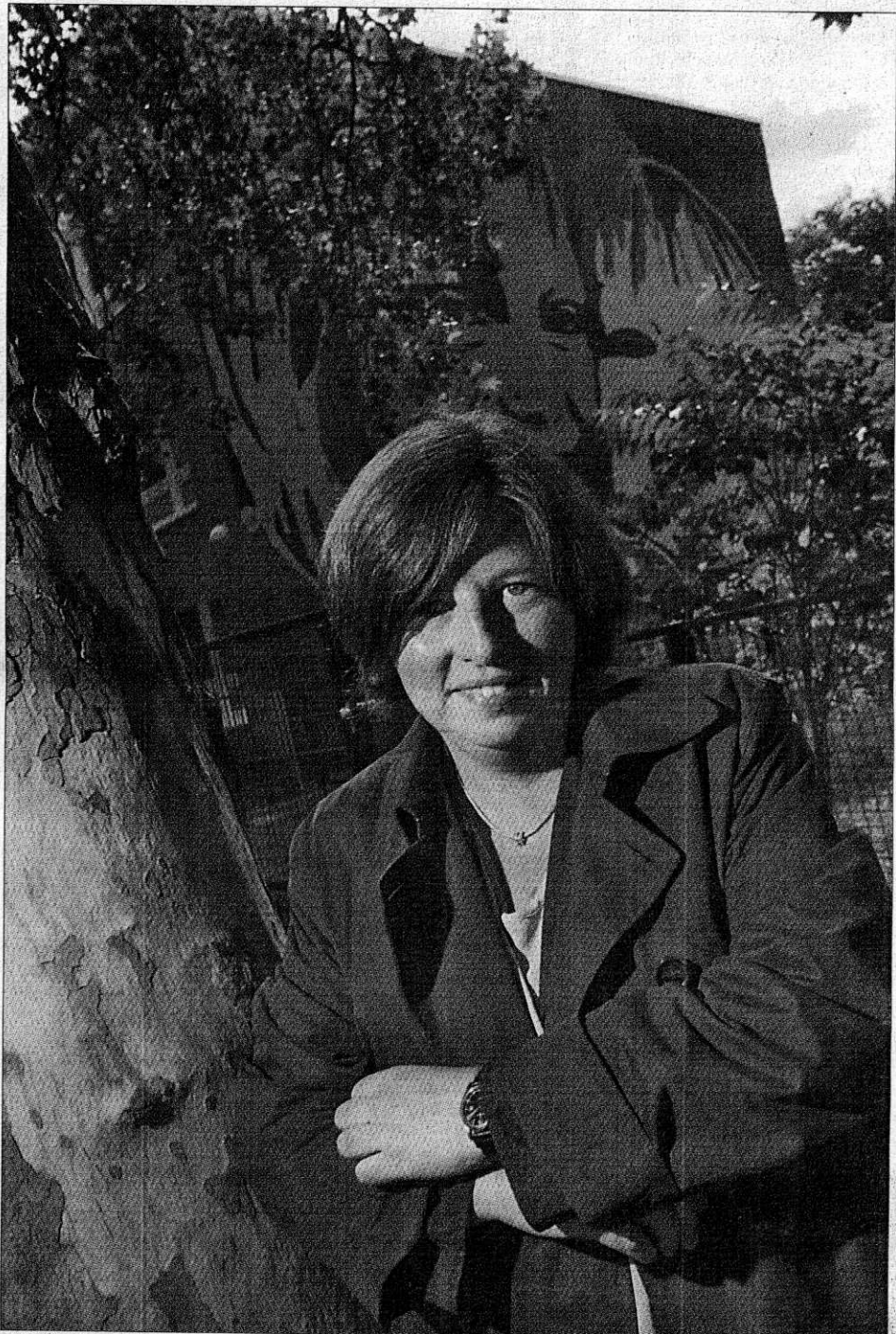
BERLIN - Der SPD-Umweltpolitiker Daniel Buchholz zeigte sich gestern enttäuscht: „Das ist niederschmetternd, was die Senatorin geschrieben hat.“ Der Bericht, von dem die Rede ist, betraf eines der großen Vorhaben der rot-roten Koalition: Innerhalb der nächsten drei Jahre sollte die Hälfte aller Dächer von öffentlichen Gebäuden mit Solaranlagen ausgestattet werden. So steht es im Beschluss des Abgeordnetenhauses, so wird es aber wohl nicht kommen. Denn in der Umweltverwaltung von Senatorin Katrin Lompscher (Linke) hat man dieses Vorhaben aufgegeben.

Das Ziel des Beschlusses sei unrealistisch, heißt es in dem Zwischenbericht der Senatorin an das Abgeordnetenhaus. In der Marktwirtschaft könne nicht festgelegt werden, dass eine bestimmte Anzahl der Dächer mit Solaranlagen ausgestattet wird. Die Umweltverwaltung verweist auf die mangelnde Nachfrage. Von 129 Dächern, die im Angebot für Solarinvestoren waren, wurden auf nur zwölf Dächern Sonnenkraftwerke installiert. „Das Angebot an Dächern war in der Vergangenheit größer als die Nachfrage von Investoren“, stellte die Senatorin in einer Erklärung fest.

„Die Anstrengungen dürfen nicht nachlassen“, warnte der SPD-Politiker Buchholz. „Der Senat muss Anreize setzen. Er tut einfach zu wenig“, sagte auch Michael Schäfer, Umweltexperte der Grünen. Er schlägt vor, die Dächer den Investoren kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Dabei haben Investoren nicht nur Probleme mit fehlenden, finanziellen Anreizen. „In zehn bis zwölf Jahren kommt eine Solaranlage in Berlin in die Gewinnzone“, sagte Sebastian Preuss, Chef der Firma „30 Grad - Solar“. Berlin liege im Mittelmaß, was die Sonneneinstrahlung in Deutschland betrifft. Größere Probleme bereiten den Investoren aber die zerfaserten Zuständigkeiten in Berlin. Wer beispielsweise auf einem Schuldach eine Solaranlage installieren will, muss sich mit dem Schulamt, dem Hochbauamt und bisweilen auch mit dem Rechtsamt auseinandersetzen. „Obwohl wir in allen Bezirken investieren wollten, haben wir in nur vier Bezirken Dächer anmieten dürfen“, sagte Preuss gestern. Auf diesen Schul- und Rathausdächern will er nun für 4,6 Millionen Euro Solaranlagen installieren - und hofft, dass die Beispiele auch in anderen Bezirken Schule machen.

Für Umweltsenatorin Katrin Lompscher, die sich häufig als Vorreiterin bei Umweltprojekten versteht, ist der Schatten auf dem Solardachprogramm nicht das einzige



Agliert bislang eher glücklos: Katrin Lompscher (Linke), Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz FOTO: AKUD

Problem. In den letzten Tagen häuften sich die Meldungen: Es gibt Klagen vor dem Landes- und dem Bundesverfassungsgericht gegen das vom Lompscher durchgesetzte Rauchverbot in Kneipen. In zwei Bundesländern waren solche juristische Schritte schon erfolgreich. Dann die Nachricht zum Misserfolg der Umweltzone. Die Belastung mit Feinstaub ist trotz der Verbannung alter Autos aus der Stadt noch nicht merklich verringert worden. In der Senatsumweltverwaltung will man

aber noch warten, bis man eine Auswertung machen will.

Ein anderes Vorhaben der Linken-Senatorin scheiterte dann an der SPD: eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts, die Mietkürzungen für den Fall vorsah, dass der Vermieter nicht in Wärmedämmung und neue Fenster investiert, stoppte Stadtentwicklungs-senatorin Ingeborg Junge-Reyer.

Nicht nur in der Umweltpolitik, auch in anderen Politikbereichen ihres Ressorts steht die Senatorin

vor großen Problemen: Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) spricht schon jetzt von einer „kritischen Lage“, in der sich der Krankenhauskonzern Vivantes befindet. In diesem Jahr droht ein Defizit. Lompscher ist als Gesundheitssenatorin auch für den Konzern mit seinen 10 000 Angestellten zuständig.

Am Montag will Lompscher, die krankheitsbedingt einige Zeit ausgefallen war, wieder in ihrem Büro an der Brückenstraße in Mitte sein. Arbeit hat sie genug.